

DEMOKRATIE WERKSTATT AKTUELL

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten!

NR. 60

Dienstag, 26. Februar 2008

KINDERBETEILIGUNG IN DER POLITIK



Kinder in der Politik - Ja oder Nein? Mit Exklusiv Interview mit Ursula Haubner.

WIEN. Seit kurzem kann man sich ab 16 Jahren bei den politischen Wahlen des Parlaments beteiligen. Es gibt auch Wahlen in Mittelschulen und Hochschulen, wie den Klassensprecher und den Schulsprecher. Diese zwei Beispiele sind Rechte der Jugendlichen. Man kann aber auch durch Projekte wie Umweltschutz (Mülltrennung) und gegen Arbeitslosigkeit auf sich aufmerksam machen. Diese Projekte sollte man zuerst in kleineren Gruppen (Schule) ausprobieren und sie danach auf eine Gemeindeebene auswei-

ten. Man kann seine Ideen durch Flugblätter und Zeitungsartikel publizieren. Außerdem kann sich bei einigen, schon bestehenden Gruppen oder Organisationen, wie Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz oder diverse andere Jugendorganisationen (Sportklubs, Alpenvereine) beteiligen. Diese können Interessen und Ideen vertreten. Einige Politiker unterstützen und unterstützten solche Projekte.



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

**Melanie (13), Michael (13), Felix (14), Nora (13)**

Nun folgt ein Auszug aus einem Interview mit der Parlamentsabgeordneten Ursula Haubner (63) von der Partei Bündnis Zukunft Österreich:

R: Können sich Kinder weltweit an der Politik beteiligen?

U. H: In Europa haben wir gut entwickelte, jedoch immer wieder ausbaufähige Rechte. In Ländern der dritten Welt haben Kinder eingeschränkte Rechte, als wir in Europa. Viele von ihnen haben keine vielversprechenden Möglichkeiten auf eine gute Schulbildung.

R: Was halten Sie davon, wenn sich Kinder an der Politik beteiligen?

U.H.: Ich halte grundsätzlich viel davon, wenn sich Kinder für die Politik interessieren. Ich kann an Kinder nur appellieren, sich für Vieles sobald wie möglich einzusetzen.

Wir, das Team, hoffen, dass es bald mehr Möglichkeiten und einfachere Wege für Kinder gibt, sich an Politik zu beteiligen.

**Jugendorganisation**

(K)EIN GESETZ FÜR ALLE?

Junges Reporterteam informiert sich über die Jugendschutzgesetze.

Mithilfe von Internet, Büchern und der Parlamentarierin Fr. Ursula Haubner haben wir uns über die Jugendschutzgesetze in Österreich informiert.

**Valerie (13), Johannes (14), Wanja (14), Hans (14)**

Es gibt für jedes Bundesland in Österreich verschiedene Gesetze, was den Jugendschutz anbelangt. Fr. Haubner findet das jedoch nicht sehr gut, da es unter anderem leicht verwirrend sein kann, wenn die Gesetze von Bundesland zu Bundesland so verschieden sind. Ihrer Meinung nach sollte es ein einheitliches Jugendschutzgesetz geben, da man dadurch die Gesetze viel besser kontrollieren könnte. Außerdem wäre es dadurch viel verständlicher für Jugendliche. Die Gesellschaft würde sich außerdem besser an die Gesetze anpassen können und zum Teil besser durchsetzen.

Speziell haben wir uns aber mit dem Gesetz für „Jugendgefährdende Medien“ befasst und sind zu dem Schluss gekommen, dass es in einigen Bundesländern sogar noch verschärft werden sollten, denn in der Steiermark vor allem, sind diese Gesetze sehr milde, wobei hingegen in Salzburg dieses Gesetz sehr ernst genommen wird.

Hier noch ein Link solltet ihr euch über dieses Thema informieren wollen:

<http://www.jugendschutz-ooe.at>

WAS SIND MENSCHENRECHTE

Menschenrechte sind für alle da. Seit wann weiß man das?



Michael (13), Johannes (14), Simon (14)

Schon vor 2000 Jahren gab es Menschenrechte. Sie werden auch als Naturrechte bezeichnet. Menschenrechte sind dafür da, dass jeder einen eigenen Glauben ausüben darf und eine Meinungsfreiheit hat. Er darf dafür nicht gefoltert werden.

Ein Mensch darf nicht für seine politische Überzeugung, Religion, Hautfarbe und Sprache bevorzugt oder benachteiligt werden. Faschismus und Rassismus verstoßen gegen die Menschenrechte.

Logischerweise sind Menschenrechte nur für Menschen und nicht für Tiere. In den USA gibt es Menschenrechte, doch man kann auch zum Tode verurteilt werden. Das verstößt wiederum gegen die Grundrechte.

Die Menschenrechte findet man in der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UNO).

(Quelle: Was ist was)

Zu diesem Thema haben wir auch die Abgeordnete Fr. Ursula Haubner befragt. Das waren ihre Antworten:

Menschenrechte sind ungeteilt und für alle da. Das wichtigste Menschenrecht für sie ist, dass kein Mensch bevorzugt oder benachteiligt wird.



-LAW AND ORDER- GESETZGEBUNG IN ÖSTERREICH

Wie funktioniert das österreichische Parlament



Georgia (14), Thomas (15), Andreas (14), Manuel (14)

GESETZE! Wer macht sie? Wofür werden sie gemacht?

Gesetze werden nur gemacht wenn es einen triftigen Grund gibt. So zum Beispiel wurde vor einigen Jahren vom Bildungsminister ein Gesetz eingeführt, das besagt, dass behinderte Kinder eine Regelschule besuchen dürfen. Dieses Gesetz wurde eingeführt, da die Eltern der behinderten Kinder und Jugendliche sich beschwerten, dass ihre Kinder nicht mit den anderen „normalen“, gesunden Kindern in die Volksschule gehen durften.

Vier Gruppen der Österreichischen Bevölkerung können die Gesetzesvorschläge einbringen: Abgeordnete des Nationalrates, ein Drittel des Bundesrates, die Bundesregierung und eine große Gruppe von BürgerInnen.

Die Gesetzesvorlagen werden vom Nationalrat überarbeitet und abgestimmt. Der Bundesrat überarbeitet und stimmt über die Vorlagen ab. Der Bundespräsident und der Bundeskanzler unterschreiben die Vorlagen und danach erfolgt die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt.



„Der Weg eines Gesetzes“

Unsere Meinung zu der Entwicklung der Gesetze: Wir finden, dass die Gesetzesvorschläge einen besseren Übergang mit der Ausarbeitung haben sollten.

Eine Veröffentlichung über die Besprechung der Gesetzesvorlagen würde das Interesse der Bevölkerung auf die Politik richten.

Zum Beispiel könnte man die Besprechung im Nationalrat live über das Radio oder das TV übertragen. Dazu sollte es eigene Sendungen, zu den verschiedenen Themen geben.

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber,
Verleger, Hersteller:
Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewußtsein.



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

4a/4c BG/BRG Enns Hanuschstr.27 4470 Enns
Arden Thomas, Bochis Andreas, Dutzler Christoph,
Ecker Valerie, Gruber Regina, Habichler Michael,
Haider Manuel, Herber Simon, Huber Nadine,
Krauthauer Michael, Koblinger Nora, Lechner Wanja,
Leißer Christoph, Mick Felix, Ömer Hans-Georg,
Ömer Melanie, Pineker Johannes, Praska Georgia,
Rauchenecker Johannes, Reikersdorfer Michael,
Reinegger Daniel, Steiner Alexander, Wertgarner Elisa

KINDERRECHTE - EINE WELTWEITE ANGELEGENHEIT?

Die Situation der Kinderrechte spitzt sich zu,
Ursula Haubner im Interview.



Daniel (13), Michael (14), Elisa (13), Regina (14)

Der Schutz junger Menschen, vor Gewalt und Ausbeutung, sowie beispielsweise die angemessene Versorgung mit gesunder Nahrung, Wohn- und Lebensraum, Bildung und Betreuung sind die Voraussetzung für die bestmögliche Entwicklung, auf die alle Kinder einen Anspruch haben.

Die Fakten sind erschreckend. Geschätzt wird, dass heute weltweit 250 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren körperlich arbeiten müssen. Insgesamt leisten 5,8 Prozent der Weltbevölkerung Kinderarbeit, dies sind ca. 31 mal so viele Menschen wie in Österreich leben.

Kinder sind die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, deshalb stellte die UNO 1990 die UN-Kinderrechtskonvention, die 54 Artikel beinhaltet, zusammen.

Zu diesen Rechten zählen u.a. Gleichheit und Gleichbehandlung, Erziehung ohne Gewalt, Bildung, ärztliche Betreuung, freie Meinungsäußerung und Information.



Ursula Haubner

Zu Person Ursula Haubner:

Ursula Haubner ist eine von 183 Abgeordneten im Parlament. Dort vertritt sie die BZÖ mit weiteren 6 Kollegen. In ihrer Partei ist sie zuständig für die Ämter der Familien-, Sozial-, Bildungs-, Gesundheitsbereiche.

Statement von Ursula Haubner
zum Thema „Kinderrechte“ :

Wichtige Aspekte sind für sie, dass Kinder so unbeschwert wie möglich leben können und sie keine Armut verspüren.

Sie legt besonders viel Wert auf das offene diskutieren der Kinderrechte und findet, dass die Kinderrechte in die Verfassung eingearbeitet werden, wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist.

Zurzeit legen die Entwicklungsländer noch nicht so viel Wert auf die Rechte der Kinder, sie sehen diese als Produkt und begegnen ihnen mit einer anderen Wertigkeit.

Die EU ist bereits dabei, ein gleiches Verhältnis zwischen den Ländern herzustellen.

POLITIKVERDROSSENHEIT

Immer mehr Jugendliche haben keinen Zugang mehr zur Politik. Wie könnte man die Politik für sie wieder interessant machen?

Ignorieren Jugendliche die Politik oder ignoriert die Politik uns?

Viele Jugendliche würden sich für Politik interessieren, jedoch haben sie dazu keinen Bezug mehr. Die meisten Informationen, die man über die Medien erhält, sind für uns uninteressant, da sie uns meist nicht betreffen. Dadurch wird der Anschein erweckt, dass Jugendliche kein Interesse an der Politik hätten.



Christoph (13), Christoph (13), Alex (14), Nadine (14)

Außerdem ist es oft so, dass Versuche, uns bei Gestzen und Angelegenheiten (die meist uns betreffen) miteinzubringen, ignoriert werden. Politiker müssten versuchen uns in die Regierung (bzw. schon in die Gemeindeangelegenheiten) miteinzubeziehen.

Es müsste Jugendlichen einfach erklärt werden, was Politiker eigentlich genau machen, was ihre Funktionen sind und wie wir uns in die Politik einbringen könnten. Jedoch stellt sich noch die Frage, ob die Ignoranz, die Politiker oft gegenüber den Ideen von Jugendlichen zeigen, Absicht ist oder nicht? Oft scheint es so als würden unsere Vorschläge, Ideen, Wünsche und Anregungen vernachlässigt werden.

Man müsste versuchen, Politik und Jugendliche einander näher zu bringen, schließlich sind wir die Zukunft! Politiker müssen volksnaher werden, sie sollten sich mehr mit Jugendlichen beschäftigen, Schulen besuchen und uns erklären

was sie eigentlich zu tun haben und uns die Politik verständlicher machen!

Vor allem dürften sie unsere Ideen und Vorschläge nicht länger ignorieren, sondern sollten uns ernst nehmen!

